

# Mindestlohn

*Anständiger Lohn für anständige Arbeit!*

Hungerlöhne gibt es auch in Deutschland. Rund 22 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor. Somit sind in Deutschland etwa 6,5 Millionen Menschen Geringverdiener. Das ist das Ergebnis einer Studie des Institutes Arbeit und Qualifikation<sup>22</sup>. Gerade extrem niedrige Einkommen unter fünf Euro pro Stunde sind eine deutsche Besonderheit. Etwa zwei Millionen Menschen sind von derartigen Hungerlöhnen betroffen. Diese Menschen sind arm trotz Arbeit. Das nehmen wir nicht hin!

Das Aushandeln fairer Löhne ist in Deutschland Sache der Tarifparteien. In vielen Branchen funktioniert das auch. Aber es gibt Branchen, in denen die Beschäftigten bei den Arbeitgebern keine fairen Löhne durchsetzen können.

## Was will die SPD?

*„Stundenlöhne von vier Euro verstoßen gegen die guten Sitten und gegen den Respekt vor guter Arbeit. Wer von menschlicher Gesellschaft spricht, darf Mindestlöhne nicht hintertreiben! Wir werden Mindestlöhne durchsetzen!“  
Frank-Walter Steinmeier (SPD), Kanzlerkandidat<sup>23</sup>*

*„Wir brauchen endlich in allen Branchen Mindestlöhne, damit der Wettbewerb nicht über Lohndumping ausgetragen wird. Herr Glos sollte diese Probleme angehen statt sie wegzureden, und sich nicht länger der Einführung von Mindestlöhnen verschließen.“  
Anette Kramme (SPD), arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bayerischen SPD-Landesgruppe<sup>24</sup>*

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften für Mindestlöhne! Zur Bundestagswahl 2005 sind wir mit dem Versprechen angetreten, Lohndumping konsequent zu bekämpfen. Da sich ein bundesweit gültiger gesetzlicher Mindestlohn mit der Union nicht durchsetzen lässt, kämten wir über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz nach und nach die einzelnen Branchen durch. Dort, wo die Tarifvertragsparteien Mindestlöhne vereinbaren, erklären wir diese Vereinbarung für allgemeinverbindlich. Über diesen Weg können wir faire Löhne für Millionen von Beschäftigten sichern. Trotzdem bleibt unser Ziel ein genereller Mindestlohn.

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten unterstützen die Mindestlohn-Kampagne des DGB (Infos dazu unter [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)). In Bayern erlaubt die bayerische Verfassung über den Artikel 169 die Einführung von Mindestlöhnen. Am 1. Mai hat der DGB Bayern daher mit einer Unterschriftensammlung begonnen, um ein Volksbegehren für den Mindestlohn ins Leben zu rufen. Wir unterstützen dieses Volksbegehren und rufen alle Menschen in Bayern dazu auf, sich in die Unterschriftenlisten einzutragen (Infos dazu unter [www.bayern.dgb.de/Volksbegehren/Volksbegehren](http://www.bayern.dgb.de/Volksbegehren/Volksbegehren)).

---

<sup>22</sup> Thorsten Kalina / Claudia Weinkopf: IOQ Report 01/2008: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen  
<http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf>

<sup>23</sup> Rede des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag in Berlin am 18.10.2008.

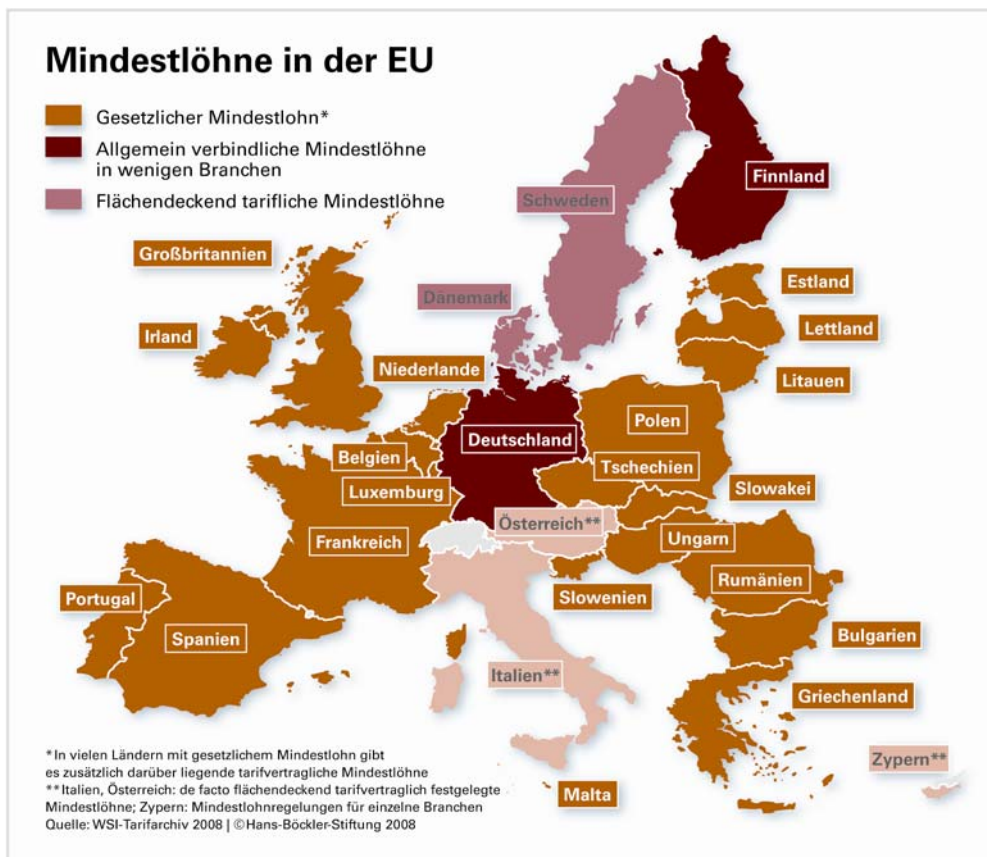
<sup>24</sup> Pressemitteilung, 26. Juni 2008.

fortgesetzt wird. Jetzt muss die Union Wort halten. Im Juli 2008 hat das Kabinett die von Olaf Scholz vorgeschlagenen gesetzlichen Anpassungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetz beschlossen. Wir werden dafür sorgen, dass diese Gesetzentwürfe im Deutschen Bundestag die notwendige Mehrheit erhalten.

Wir kämpfen außerdem seit langem dafür, dass der Mindestlohn auch für die Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer kommt. Hier haben sich CDU und CSU lange quer gestellt. Am 12. Januar 2009 hat die Union schließlich eingelenkt. Sie konnte sich mit der SPD auf den Kompromiss einigen, Lohnuntergrenzen für die Zeitarbeitsbranche über das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz einzuführen. Die Höhe des Mindestlohnes wird jetzt verhandelt. Klar ist: Die Zeiten für Dumpinglöhne in der Zeitarbeitsbranche sind vorbei! (siehe Artikel zu Leiharbeit)

### Wie geht es weiter?

Im Kampf gegen Lohndumping sind wir ein gutes Stück weitergekommen. Solange die Union mitregiert, werden wir jedoch keinen gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen können. Den bekommen wir erst, wenn es in Bundestag und Bundesrat neue Mehrheiten für eine sozialere Politik gibt. Dafür kämpfen wir.



Mindestlöhne gibt es fast überall sonst in der EU